

P. B. Nr. 25

dodis.ch/34250Alfred Escher an Politisches Bern [durch Kurier], 16. November 1959⁴⁷⁷

ÖSTERREICHS HALTUNG ZU EWG UND EFTA

Quelle: Gespräch von Dr. Frey mit Dr. Josef Schöner, Österreichischer Botschafter in Bonn, ehemaliger Generalsekretär des Bundeskanzleramtes, Auswärtige Angelegenheiten.

Frage: In letzter Zeit mehrten sich die Informationen, dass in Österreich eine zunehmende Strömung für die EWG festzustellen sei und die Regierung sich in diesem Punkt in einem gewissen Widerspruch zu einem Teil der öffentlichen Meinung, insbesondere zum Industriellenverband befinde. Wie verhält es sich damit?

Antwort: Die österreichische Regierung – und zwar in gleicher Weise die Volkspartei wie die Sozialisten – ist sich darüber im Klaren, dass ein «Anschluss» an

476 In der Debatte hatte der FDP-Vorsitzende Mende den Bundeskanzler mit einer Presseerklärung konfrontiert, wonach dessen früherer Vertrauter, der inzwischen in Andernach/Rh. beheimatete Fabrikant Johann Jacob Kindt-Kiefer 1949 vor der Bundestagswahl als Zeuge eines Gesprächs zwischen Adenauer u. dem franz. Politiker Georges Bidault mitbekommen habe, dass Adenauer, von Bidault gefragt, welche Wahlkampfhilfe Frankreich ihm angedeihen lassen könnte, vorschlug, Paris möge sich dafür einsetzen, dass Westberlin nicht der Bundesrepublik angeschlossen werden solle, weil sonst die Gefahr eines sozialdemokratischen Übergewichts in Westdeutschland entstünde. Adenauer ließ durch Außenminister von Brentano den Sachverhalt dementieren. Nachdem der Bundeskanzler es ablehnte, vor dem Bundestag zu erscheinen, sprachen sich CDU/CSU u. SPD für das Ende der Debatte aus. Kindt-Kiefer ließ aber sogleich mitteilen, dass er bei seiner Darstellung bleibe. Etwa 14 Tage nach Verabschiedung des Grundgesetzes in Bonn habe das Gespräch in einem Privathaus in der Genfer Rue St. Laurent, im zweiten Stock, mittags, während der Sitzungspause der Christlichen Nothilfe-Konferenz stattgefunden. Das Kalendarium Adenauers verzeichnet indessen ein Treffen mit Bidault u. die Teilnahme an einer Sitzung der «Christlichen Nothilfe» für den 20./21.10.1948 in Genf. Johann Jacob Kindt-Kiefer (1905–1978), seit Studientagen mit Bidault befreundet u. Verbindungsmann Adenauers zu franz. Politikern, lebte während des II. Weltkriegs in der Schweiz. 1946 gehörte er zu den führenden Vertretern der von ihm mitbegründeten «Christlichen Nothilfe» für Deutschland. Wegen Unregelmäßigkeiten lief gegen Kindt-Kiefer allerdings ein Strafverfahren. Schweizer Offizielle, darunter auch Botschafter Huber, standen ihm skeptisch gegenüber; siehe: Markus Schmitz, Westdeutschland und die Schweiz a. a. O., passim.

477 Kopien gehen an: Schweiz. Botschaft London, Moskau, Paris, Rom, Washington, den Schweiz. Beobachter bei der UNO, New York.

die EWG, sei es im Wege eines Beitritts oder einer bilateralen Assoziierung, für Österreich nicht in Frage kommt. In erster Linie sind hierfür *neutralitätspolitische Überlegungen* massgebend. Bei den Moskauer Verhandlungen im April 1955 (an denen Schöner teilgenommen hat) haben Molotow und Mikoyan⁴⁷⁸ verlangt, dass Österreich ein Neutralitätsstatut im Sinne der Schweiz erhalte. Ursprünglich von der österreichischen Delegation angestellte Bedenken, dass eine solche Koppelung mit der aussenpolitischen Maxime eines anderen Staates ungewöhnlich sei, weil man ja nicht wissen könne, welchen Entwicklungen diese Maxime in der Zukunft unterworfen sein werde, wurden von den sowjetischen Gesprächspartnern nicht geteilt. Sie drangen sogar darauf, dass der Hinweis auf die Schweiz ausdrücklich im Vertrag festgehalten werde. Dies war ohne Zweifel ein Vertrauensbeweis für die Integrität und Konstanz der Eidgenossenschaft. – Der Vortrag von Bundesrat Petitpierre im April 1959 in Wien hat eine nachhaltige Wirkung ausgeübt, weil er in einem Moment gehalten wurde, als die inner-österreichische Diskussion über die völkerrechtliche Möglichkeit und die wirtschaftliche Zweckmässigkeit einer Annäherung an die EWG zu einer gewissen Unsicherheit, selbst in Regierungskreisen, geführt hatte. Seither ist die Haltung, insbesondere am Ballhausplatz, eindeutig. Denn trotz der starken wirtschaftlichen Verflechtung Österreichs mit der EWG, vor allem mit Deutschland, sprechen gerade auch *wirtschaftliche Erwägungen* gegen einen Beitritt oder eine Assoziierung, und zwar insbesondere wegen des Handels mit dem Ostblock. Österreichs Industrie und Handel war von jeher stark nach dem Osten orientiert. Die Abschliessung von diesen traditionellen Märkten ist etwas Unnatürliches. Mit der zunehmenden politischen Entspannung und der wachsenden Kaufkraft in den Ostblockstaaten werden sich Österreichs Chancen verbessern. Es wäre kurzsichtig, sich durch einen Beitritt zur EWG diese Möglichkeiten zu verbauen. Es stimmt, dass die ÖVP-Parteileitung⁴⁷⁹ sich hier in einem gewissen Gegensatz zum Industriellenverband befindet, der den eventuellen Rückgang des österreichischen Marktanteils in der EWG sehr ernst nimmt. Die Volkspartei lässt sich dadurch aber nicht beirren. Aufgefallen ist die Haltung des Leiters des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Dr. Franz Nemschak,⁴⁸⁰ eines angesehenen Nationalökonomen, der in letzter Zeit eine überraschende Kehrtwendung in Richtung EWG gemacht hat. Man muss vermuten, dass er von interessierten Wirtschaftskreisen, wahrscheinlich deutscher Herkunft, «gekauft» worden ist. Die starke Infiltrierung durch deutsche Industriegruppen gibt zu Bedenken Anlass. Sie berufen sich auf die Wünschbarkeit europäischer Freizügigkeit, wobei manche unter ihnen «Europa» offenbar in einem Sinn verstehen, wie er zur Zeit des Hitler-Regimes galt. Jedenfalls ist es überraschend, in diesen Kreisen oft dieselben Leute von damals wiederzufinden.

⁴⁷⁸ In dieser Weise geschrieben.

⁴⁷⁹ Österreichische Volkspartei.

⁴⁸⁰ Franz Nemschak (1907–1992), Dr. jur., österr. Wirtschaftswissenschaftler, 1945 Wiederbegründer u. 1945–1971 Leiter Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.